

Basler Zeitung

Die Zeitung der Nordwestschweiz

Mittwoch, 29. August 2007 | Fr. 2.50
 Nummer 200 | 165. Jahrgang (inkl. MWST)

Basler Zeitung | Aeschenplatz 7 | 4002 Basel
 Tel. 061 639 11 11 | Fax 061 631 15 82 | e-mail redaktion@baz.ch
 Abonnements- und Zustelldienst: Tel. 061 639 13 13 | Fax 061 639 12 82
 Elsass/Deutschland, übriges Euroland € 2.00



heute.
Endlich gewählt:
Abdullah Gül
 heisst der neue
Staatspräsident
 der Türkei.

> SEITE 2



wirtschaft.
Novartis baut die
Produktion in
Schweizerhalle
für 300 Millionen
Franken aus.

> SEITE 31



sport.
Der FC Zürich
muss in Istanbul
beweisen, dass
er international
mithalten kann.

> SEITE 35



kultur.
Schöne neue
Arbeitswelt?
Die digitale
Bohème traf
sich in Berlin.

> KULTURMAGAZIN 4

Bund verletzt das Gesetz über Biosprit

Unzulässige Steuerrabatte

BERN. Der Bund erwägt, ökologisch fragwürdige Biotreibstoffe aus Zuckerrohr und Raps von den Steuern zu befreien. Sein Verordnungs-Entwurf verletzt das revidierte Mineralölsteuer-Gesetz. Ethanol aus brasilianischem Zuckerrohr, das in Schweizer Autotanks gefüllt wird, belastet die Umwelt insgesamt um dreissig Prozent stärker als gewöhnliches Benzin aus Erdöl. Die Umweltbelastung von Biodiesel aus Raps ist sogar doppelt so hoch wie jene des Diesels aus Erdöl. Zu diesen Resultaten kam eine umfassende Studie, welche die Empa und weitere Forschungsinstitute im Auftrag des Bundes durchführten.

Trotzdem erwägt nun die Bundesverwaltung, diese beiden ökologisch höchst bedenklichen Biomasse-Treibstoffe ebenfalls von den Mineralölsteuern zu befreien und damit gegenüber dem Diesel und Benzin zu privilegieren. Damit aber würde das eben revidierte Mineralölsteuer-Gesetz klar verletzt.

Gestern Dienstag hat die Migros einen Biotreibstoff vorgestellt, der auf der Basis von Sojaöl hergestellt wird. hpg > SEITEN 4, 30

Neue Fälle von Tuberkulose

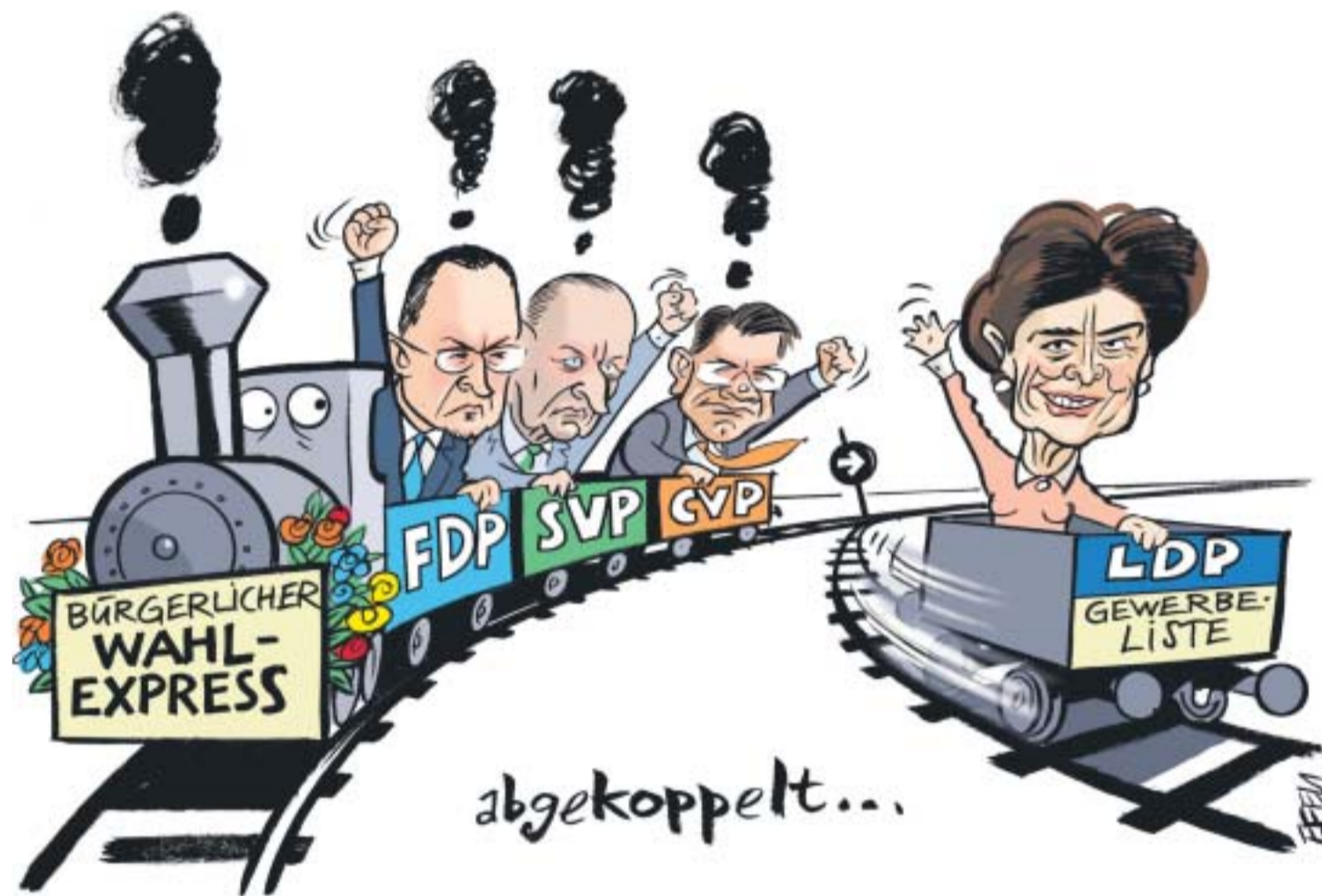
Asylbetreuer angesteckt

BASEL. Die kantonalen Gesundheitsdirektoren fordern, die Wiedereinführung von Tuberkulose-Tests mittels Röntgenaufnahmen an der Grenze zu prüfen. Das möchte auch ein Angestellter der Basler Empfangsstelle Bässlergert. Er selber ist zwar gesund – aber verunsichert. Vier Mitarbeiter der Empfangsstelle für Asylsuchende haben sich mit Tuberkulose angesteckt. Das hätten Tests ergeben.

Peter Helbling von der Sektion Infektionskrankheiten im Bundesamt für Gesundheit hingegen hält die Röntgentests für «enorm teuer und wenig sinnvoll». Die Abschaffung der Tuberkulose-Screenings sei längst überfällig gewesen. «Dass sich Angestellte infizieren, ist ein bekanntes, wenn auch sehr geringes Berufsrisiko», sagt Helbling. bac > SEITE 15

Streit bei Bürgerlichen eskaliert

Basels bürgerliche Parteien sagen wegen LDP-Winkelzug Pressekonferenz ab



CLAUDIA KENAN

Anstatt sich gemeinsam für den angestrebten dritten bürgerlichen Nationalratsstz zu engagieren, streiten sich die Bürgerlichen. Auslöser ist eine Gewerbeliste der LDP, die die Allianzpartner als Rückenschuss interpretieren.

Basels Bürgerliche haben ein gemeinsames Ziel: Im Herbst wollen sie einen dritten bürgerlichen Nationalratsstz erobern. Die Chancen sind intakt, denn SP-Nationalrat Remo Gysin tritt nicht mehr zur Wahl an. Um keine Stimme zu verlieren, haben CVP, FDP, LDP und SVP für die Nationalratswahlen eine Listenverbindung vereinbart. Zusätzlich geht jede Partei eine Unterlistenverbindung mit der eigenen Jungpartei ein. So wurde es abgemacht, unterzeichnet und der Bundeskanzlei übergeben.

Jetzt aber schert die LDP aus. Kurz vor Anmeldeschluss kreierte sie eine dritte Liste, die LDP-Gewerbeliste. Diese soll laut LDP-Präsidentin Maria Iselin mittels einer Unterlistenverbindung mit der LDP-Stammliste verbunden werden. Iselin strebt zusätzlich eine Listenverbindung mit den Stammlisten von CVP, FDP und SVP

an. Am Freitag informierte sie ihre Partner über die dritte LDP-Liste – doch diese waren ganz und gar nicht erfreut. Wie sehr das Geschirr im bürgerlichen Lager zerbrochen ist, zeigt ein Vorfall von gestern: Zwei Stunden vor einer gemeinsam geplanten Pressekonferenz zum Thema Steuern sagten die Bürgerlichen die Veranstaltung ab.

«Die LDP verschafft sich einen taktischen Vorteil innerhalb der bürgerlichen Allianz», sagt Markus Lehmann, Präsident der Basler CVP. Er nennt die Gewerbeliste einen «Winkelzug». «Mit Partnern geht man so nicht um», sagt auch Daniel Stolz, Präsident der Basler FDP. «Wir wurden nicht angefragt, sondern lediglich informiert.» Bereits am Freitag hätten die bürgerlichen Partner der LDP gesagt, dass sie damit nicht einverstanden sind. Am Montag, kurz vor Anmeldeschluss, reichte die LDP ihre Gewerbeliste dennoch ein.

GEWERBE UNEINS. Stolz und Lehmann rechnen sich zwar Chancen auf einen dritten bürgerlichen Nationalratsstz aus, aber sie befürchten, dass es knapp wird. Wenn nun die LDP nicht mit zwei, sondern gar mit drei Listen aufwartet, erhöht sie die Chan-

cen, dass die bürgerlichen Stimmen einem LDP-Kandidaten zur Wahl verhelfen. Dem amtierenden FDP-Nationalrat Urs Schweizer oder dem Gewerbedirektor und Nationalratskandidaten Peter Malama könnte das gefährlich werden. Laut Schweizer und Stolz wäre das nicht ideal für das Gewerbe, denn auf der LDP-Stammliste sei kein Gewerbler. «Der LDP-Spitzenkandidat ist ein Funktionär», sagt Schweizer mit Blick auf Andreas Burckhardt, den Direktor der Handelskammer beider Basel. Dennoch setzt sich Schweizer für eine Listenverbindung mit der Gewerbeliste ein. «Sonst gehen diese Stimmen ganz verloren.»

Irritiert über die LDP ist auch der Gewerbeverband. An der gestrigen Wahl-Pressekonferenz sagte Präsident Werner Schmid, der Verband unterstütze alle bürgerlichen Kandidaturen. Dazu zeigte er Fotos der Kandidaten der vier bürgerlichen Listen. Die Gewerbeliste sprach er nicht an. «Wir halten an unserem Konzept fest», sagte er, als die baz ihn nach der LDP-Gewerbeliste fragte. Später präzierte er: Der Gewerbeverband könne allenfalls auch die LDP-Gewerbeliste unterstützen, falls ein solches Gesuch bei ihm eintreffe. > SEITE 17

Ein neuntes Stadion für das Baselbiet

LIESTAL. Unterlagen der Euro 2008, die der baz vorliegen, nennen erstmals Details zum geplanten Fan-Areal zwischen Liestal und Bubendorf, auf dem das «9. Stadion» der Fussball-EM gebaut werden soll. Weil dafür Geld benötigt wird, sind die Veranstalter nun auf der Suche nach potenten Sponsoren. > SEITE 23

spezial. gesundheit.

UMSTRITTENE MITTEL. Energetisch aufgeladene Nanoteilchen in Phiten-Produkten sollen die Dehnfähigkeit der Muskeln verbessern und bei Beschwerden aller Art helfen. Die einen schwören darauf, Wissenschaftler stellen die Wirksamkeit der Trendprodukte in Frage. > SEITE 34

Scharfe Kritik im Fall Cron

BERN. Trotz seiner Verurteilung bleibt Raymond Cron, der Direktor des Bundesamts für Zivilluftfahrt, im Amt. Ist dieses Verhalten angemessen, fragen sich viele. Helmut Kaiser, Professor für Sozial- und Wirtschaftsethik an der Universität Zürich, äussert im baz-Interview Kritik und spricht von Verharmlosung. > SEITE 4

INHALTSVERZEICHNIS

heute	2-3
schweiz	4-9
international	11-13
wetter	14
region/stadt	15-20
impressum	20
region/land	21-27
forum	28
wirtschaft	29-31
börse	32-33
gesundheit	34
sport	35-39
letzte	42
kulturmagazin mit veranstaltungen und tv-programm	1-16
mitteilungen	8-16
stellenmarkt	10
immobilien	10-12
dienstleistungen	12
bildung/kurse	16
notfälle	40
bestattungen	40-41
roman	41



Solidarität bei Sozialhilfe gefordert

Die Kosten der Gemeinden sollen via Finanzausgleich besser verteilt werden

LIESTAL. In den meisten Kantonen werden die Sozialhilfekosten unter den Gemeinden aufgeteilt. Nicht im Baselbiet: Hier muss jede Gemeinde allein ihre Sozialhilfebezügler finanzieren. Stark belastete Gemeinden wie Pratteln fordern deshalb mehr Solidarität von den anderen Gemeinden.

Auch Lilly Senn, Präsidentin des Verbands für Sozialhilfe, ist für eine gerechtere Kostenverteilung. Sie wehrt sich aber gegen das Giesskannensystem, wie es etwa im Kanton Solothurn existiert. Das treibe die Kosten weiter in die Höhe, da der Sparanreiz fehle. «Die Gemeinden müssen

weiterhin unter Druck stehen, effizient zu arbeiten», sagt sie. Eine Möglichkeit wäre, die Solidarität via Finanzausgleichsgesetz, das derzeit revidiert wird, zu regeln.

«Eine gerechtere Verteilung der Sozialhilfekosten ist ein Element», bestätigt August Lienin, Leiter des Statistischen Amtes, der ebenfalls kein «Verteilungssystem» einführen will. Man sei daran, «unabhängige Variablen» zu finden, die die Sozialhilfekosten besser berücksichtigen – Kriterien wie die Zahl der Arbeitslosen, Alleinerziehenden, tiefen Einkommen und der Ausländer. bat > SEITE 21

ANZEIGE

eurojobs4you

... coming soon